

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/66

Bonn, den 5. April 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Es ist an der Zeit</u> Die Deutschlandfrage ist gemeinsame Aufgabe. Von Fritz Sänger, MdB	63
3 - 4	<u>Zum guten Ende gebracht</u> Zur Verabschiedung des Bundeshaushalts 1968 Von Max Seidel, MdB	75
5	<u>Hier irrt TASS</u> Unbegründete Verdächtigung der Bonner Afrikapolitik	39
6 - 7	<u>Kinder werden immer größer</u> Ergebnis langjähriger Untersuchungen Von Obermedizinalrat Dr. Hans-Ulrich Freyer, Hamburg	73

* * *

Es ist an der Zeit

Die Deutschlandfrage ist gemeinsame Aufgabe

Von Fritz Sänger, MAB

Aus den Kreis der Freunde der DDR werden harte, fast bose Worte bekannt, die sich gegen den Freund richten. Pankow ist nicht nur unvorsichtig im politisch-diplomatischen Sinne geworden, sondern geriet außer Kontrolle seiner selbst, indem es die Vorgänge in den anderen Staaten des Ostblocks kritisierte. Man überschritt die Grenze der Zuständigkeiten, sogar der Kameradschaft und der Solidarität. Das fand ein eindeutiges Echo.

Nun könnte gesagt werden, wir sollten diese Vorgänge, die möglicherweise eine Entwicklung kennzeichnen, sich selbst und dem Kreis des Warschauer Paktes überlassen. Wer jedoch in diesen Stimmen eine Phase in einer Entwicklung sieht, gerade der muß bedenken, daß es sich hier unausweichlich auch um eine deutsche Angelegenheit handelt. Es kann und darf uns nicht gleichgültig sein, ob mit einem Teil Deutschlands, eben der DDR, auch ein Teil der deutschen Frage in den Widerstreit und vielleicht in die Isolierung gerät, einer Frage, die auf dem Tisch der Weltpolitik liegt und nicht heruntergewischt werden darf.

Diese Weltpolitik wird von allen Seiten her beeinflusst und betrieben, nicht nur vom Westen, auch vom Osten. Viele Jahre haben die Sozialdemokraten sich leider vergeblich bemüht, diese Tatsache in das Bewusstsein der praktischen deutschen Außenpolitik zu graben. Nun ist es soweit, daß man in allen Parteien weiß, wie sehr diese Verbundenheit aller willkürlichen Trennung zum Trotz dennoch besteht, die Verbundenheit, die aus der Tatsache der einen deutschen Nation gegeben ist. Auch unterschiedliche politische oder gesellschaftliche Systeme können und dürfen diese Zusammengehörigkeit nicht lösen. Weil dem so ist, muß auch die Position, welche die DDR in ihren Kreise einnimmt, gesichert sein, welchen Gebrauch auch immer die in Pankow Regierenden davon machen oder machen wollen. Auch sie haben Grenzen ihrer Möglichkeiten und sind nüchtern genug, sie zu respektieren, wenn sie nicht dazu von Freunden veranlaßt werden wollen.

Die Sozialdemokratische Partei hat soeben auf ihrem Parteitag erklärt, daß sie bereit sei und daß die offizielle deutsche Politik bereit sein müsse, über alles mit der DDR zu sprechen, was drei Grundfragen unberührt läßt: die Situation Berlins, der Hauptstadt Deutschlands, das Thema der völkerrechtlichen Lage der beiden Teile der gemeinsamen Nation und damit verbunden die Tatsache, daß Deutsche eben Deutsche sind und nicht, weil sie diesseits oder jenseits von Elbe und Werra wohnen, Ausländer. Es ist bezeichnend, daß man in Warschau und in Budapest - wir hatten Gelegenheit, dies mit Gewißheit zu erfahren - diese Feststellung der SPD besser verstanden hat und sorgfältiger würdigt als in Ostberlin. Wir möchten nicht glauben, daß die angehörte Meinung zutreffe, man sei in den Ministerien Ostberlins unsicher über die eigene Position geworden und handle deshalb wie einer, der erst einmal um sich schlägt, bevor er sich besinnt.

Nur zu gewiß ist es, daß die deutschen Kontakte untereinander nicht ohne Wirkung auf die Nachbarn gepflegt werden können. Der Hinweis der polnischen Zeitung "Trybuna Ludu" vom 30. März, daß in Nürnberg "der erste Versuch gemacht wurde", eine Anerkennung vorhandener Tatsachen festzustellen und daß dies bei aller Schwierigkeit, die sich in der Bundesrepublik dazu ergibt, doch eben "sehr wichtig" sei, ist ungleich positiver und hilfreicher für eine notwendige Auseinandersetzung zwischen den beiden deutschen Teilen eines Ganzen als irgendeiner Stimme, die aus der DDR zu hören war.

Es ist Zeit, daß wir ernsthaft miteinander beginnen, damit nicht weltpolitische Ereignisse, die einen Ausgleich vorzeichnen und erzwingen werden, auch die deutsche Frage in den Strudel der großen Geschäfte und Entspannungsaktionen einbeziehen, ohne daß wir unsere eigene Sache in die Hand zu nehmen wußten. Nach so vielen Jahren der Deklarationen und Demonstrationen ist uns nun keine Chance mehr gegeben, bei den einen drinnen im Lande miteinander zu streiten und bei den anderen ideologische Doktrinen an die Stelle politischer Handlungen zu setzen. Es besteht nur noch die Möglichkeit, von dem was ist, so vieles wie möglich für den umfassenden Inhalt des Begriffes Deutschland zu bewahren.

+ + +

Zum guten Ende gebracht

Zur Verabschiedung des Bundeshaushalts 1968

Von Max Seidel, MdB

Im Schatten weitbewegender Hoffnungen zu Anzeichen friedlicher Kontakte zwischen Washington und Hanoi wurde die Debatte über den Bundeshaushalt 1968 im Bundestag geführt und zum guten Ende gebracht. Wesentliche Veränderungen im Zahlenwerk des 80,6-Milliarden-Etats haben sich nicht ergeben. Der Bundeshaushalt wurde von der CDU/CSU und der SPD gegen die Stimmen der FDP angenommen.

Es kann erwartet werden, daß der Bundesrat bei Anmerkung einiger Vorbehalte diesem Haushalt seine Zustimmung gibt. So glatt diese Verabschiedung auch aussehen mag, vom Entwurf über die Einzelberatungen bis zum endgültigen Haushaltsausgleich war das ein hartes Geschäft für Bundesregierung und Parlament. Es ist viel zu wenig bekannt, daß die Folgewirkungen der Erhard/Kende-Misere finanzpolitisch größere Ausmaße hatten, als man gemeinhin anzunehmen bereit war. Die Große Koalition hat zwar rasch und sehr harte Maßnahmen zur Überwindung der Folgewirkungen getroffen, doch deren Wirksamkeiten beanspruchen längere Zeit, denn die Spuren des "Fehlens und Nichtstuns" in den Jahren 1965/66 sind nicht von einem Jahr zum anderen aus der Welt geschafft. Die Bundesregierung wird beim ersten Vollzugshaushalt in der mittelfristigen Finanzplanung sehr gut steuern müssen, um bei seiner Durchführung das materielle Gleichgewicht zu halten.

Die Haushaltsdebatte war stark politisch geprägt. Daran hatte die Opposition ihren guten Anteil. Allerdings verwendet sie immer noch zu viel Zeit, um ihre "Freispruchsgesänge" gegenüber den Folgewirkungen einer mitverantworteten Politik anzuwenden. Sie würde ihrer Oppositionsrolle gerechter werden, hätte sie ein Kontrastprogramm zur Koalition zur Verfügung. Das mag schwer sein, aber was noch nicht ist, kann ja noch werden. - Während der viertägigen Debatte ließen die Parteien der Regierungskoalition klar erkennen, das Regierungsprogramm wird durchgeführt und weiterentwickelt. An den getroffenen Mehrheitsentscheidungen kann auch Herr Scheel nicht mehr zweifeln. Gelegentliche Spannungen in der Koalition werden als normal empfunden. Empfindlichkeiten rangieren nicht vor politischen Notwendigkeiten.

Bemerkenswert war bei der Eröffnung der Debatte die scharfe Abweisung des Bundeskanzlers gegen jene nationalistischen Geister oder Ungei-

ster, die schon wieder die alte unheilvolle Trommel zu rühren beginnen. Er hofft, daß unser Volk das erkennt und daß es diesen Leuten bei allen Wahlen ein entschiedenes Nein entgegensetzt. - Sehr betont versöhnlich war seine Aussage zu Polen. Aber ebenso deutlich zu uns selbst, was das Schicksal von sieben Millionen Polen jenseits der Oder-Neiße-Linie betrifft. Dem Sinne nach steht das keineswegs entfernt von der Entscheidung des SPD-Parteitages in Nürnberg. Vielleicht könnten unsere Heimatvertriebenen dies mit beachten.

Es ist sehr schwer bei 30 Einzelplänen diesen oder jenen nach seinem spezifischen politischen Gewicht oder Schwerpunkt der Debatte besonders hervorzuheben. Das politisch Bedeutsamste im Zusammenhang mit der Debatte über den Haushalt des Bundeswirtschaftsministeriums geschah gewiß, als das Kohleanpassungsgesetz verabschiedet wurde. Ein wirtschaftspolitisches Ereignis von besonderer Tragweite. Dieses betont sozial-marktwirtschaftlich ausgerichtete Gesetz stellt den Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller, der Bundesregierung, der Großen Koalition ein gutes Zeugnis von zielstrebigem, verständigungsbereiter Zusammenarbeit aus.

Wenn die Bundesregierung alle politischen Energien und erhebliche finanzielle Mittel einsetzt, um die Sicherung und Erweiterung der Arbeitsplätze zu erreichen, so steht sie in voller Übereinstimmung mit den Wünschen der Bevölkerung. Das wurde durch die neueste Ennid-Umfrage (Auftrag des Vorstandes der IG-Metall) zu fast 90 Prozent bestätigt.

In der gleichen Umfrage wird auch die Sicherung des Einkommens als wichtige Aufgabe gefordert. Im Rahmen des Bundeshaushaltes muß man dabei an die Sicherung der Einkommen denken, die durch die sozialen Leistungen des Bundes betroffen sind. Bei Verabschiedung des Bundeshaushaltes 1968 darf nachträglich niemand vergessen oder übersehen wollen, daß infolge des Finanzänderungsgesetzes bestimmte soziale Leistungen verringert worden sind. Ohne die Notwendigkeit der Maßnahmen in Frage zu stellen, sei doch vermerkt, daß die Grenze des Zumutbaren auf diesen Gebieten erreicht ist. Hoffnungen zu wecken, es könnten Korrekturen von Verbesserungen in absehbarer Zeit erfolgen, wäre ein falsches Spiel gegenüber Gutgläubigen. Aber es muß ebenso deutlich vermerkt werden: Weitere negative Korrekturen auf dem Gebiet der sozialen Leistungen wären untragbar.

Das sei ein Hinweis ins Merkbuch für die Verantwortlichen, die bereits den Entwurf des Bundeshaushaltes 1969 erstellen müssen.

Hier irrt TASS

Unbegründete Verdächtigung der Bonner Afrikapolitik

sp - TASS, die sowjetentliche Nachrichtenagentur, hat sich mit einer neuerlichen Unfreundlichkeit gegen Bonn zu Wort gemeldet. Diesmal geht es gegen die deutsche Politik in Schwarzafrika, über die TASS zu sagen weiß: "Mit Phrasen von der 'uneigennütigen Freundschaft' zwischen der Bundesrepublik und den jungen Nationalstaaten will die westdeutsche Regierung ihre immer engeren Verbindungen zu den Rassenhetzern in der Südafrikanischen Republik tarnen."

Es ist kaum zu vermuten, daß TASS mit derartigen Entstellungen an Glaubwürdigkeit gerade bei jenen gewinnt, an deren Adresse der Kommentar gerichtet ist: nämlich bei den Afrikanern selbst. Ganz offenkundig war es nämlich die sechstägige Abidjan-Konferenz der deutschen Botschafter in Schwarzafrika unter Leitung Bundesaußenminister Willy Brandts, die TASS zu diesem Kommentar inspirierte - mußte doch das Resultat der Konferenz in Moskau die Befürchtung wecken, daß das ohnehin recht erfreuliche Verhältnis der Bundesrepublik zu den afrikanischen Staaten sich weiter verbessern könnte.

Wenn man so will, dann besteht zu solchen "Befürchtungen" in der Tat Anlaß. Denn unmißverständlicher denn je wird sich fortan die deutsche Afrikapolitik an den Bedürfnissen und Interessen der Afrikaner selbst orientieren, und nachdrücklicher als bisher will die deutsche Diplomatie alles dransetzen, um die deutsch-afrikanischen Beziehungen von den Belastungen und Störungen des Ost-West-Gegensatzes freizuhalten; wohlgerne: auch jenes Ost-West-Gegensatzes, der auf deutschem Boden ausgetragen wird! Und was die "immer engeren Verbindungen" zu den südafrikanischen Rassenhetzern anbetrifft: nie ist deutlicher gesagt worden als nach der Abidjan-Konferenz, daß der deutschen Afrika-Diplomatie als Richtschnur die UNO-Charta zugrundeliegt, die Rassendiskriminierungen in jeder Form ächtet. Und der CSU-Politiker Richard Jaeger, auf dessen gegenwärtige Südafrika-Reise TASS ebenfalls Bezug nimmt, ist bislang wohl von niemanden als autorisierter Interpret offizieller deutscher Absichten oder Sympathien in Afrika angesehen worden.

Freilich: Eine deutsche Afrikapolitik, die immer stärker auf die Interessen und Wünsche der Afrikaner eingeht, wird unvermeidlich das Bild korrigieren, das bislang - ohnehin mit nicht eben viel Erfolg - mancherorts von der Bundesrepublik als einem Hort auch des Neokolonialismus gezeichnet worden ist. Das weiß auch TASS, und die Nervosität des Kommentars ist insofern nicht ganz unverständlich.

+ + +

Kinder werden immer größer

Ergebnis langjähriger Untersuchungen

Von Obermedizinalrat Dr. Hans-Ulrich Freyer, Hamburg

Nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt ist seit etwa 30 Jahren ein schnelleres Wachstum der Kinder festzustellen. Dies beginnt schon im Mutterleib. Die Säuglinge werden heute im Durchschnitt zwei cm größer geboren als vor 20 Jahren. Diese Entwicklungsbeschleunigung ist auch aus der sogenannten "Hamburger Tabelle" ersichtlich. Die Hamburger Schulkinder nehmen ständig an Größe und Gewicht zu. Am deutlichsten tritt dies bei einem Vergleich der Werte von 1947 und 1966 in Erscheinung. So ist ein 14-jähriger Junge heute im Durchschnitt fast 10 cm, ein 14-jähriges Mädchen 8,5 cm größer als die gleichen Altersgruppen im Jahr 1947. Noch deutlicher sind die Unterschiede im Körpergewicht zwischen damals und heute. Dies ist durch die besondere Ernährungslage in der Nachkriegszeit verständlich.

"Hamburger Tabelle" seit 40 Jahren

In Hamburg wurden erstmals 1927, dann 1947 und seit 1950 in etwa fünfjährigen Abständen das Gewicht und die Länge der Hamburger Schulkinder aller Schulgattungen und der Berufsschüler bis zum 18. Lebensjahr festgestellt. Es ist dies wohl die umfangreichste Meß- und Wägeaktion im Kindes- und Jugendalter, bei der repräsentative Durchschnittswerte gewonnen wurden. Bei der letzten Aktion im Jahre 1966, deren Ergebnisse jetzt vorliegen, wurden insgesamt 201.609 Schüler erfaßt. Die gefundenen Werte sind in der "Hamburger Tabelle" übersichtlich zusammengestellt. Sie sind nicht nur von praktischer Bedeutung hinsichtlich der wechselnden Durchschnittsgrößen verschiedener Altersgruppen, sondern in verschiedenster Hinsicht von Belang. So erlauben die durch einheitliche Untersuchungsmethoden gewonnenen Ergebnisse der Längen- und Gewichtsentwicklung Hamburger Schulkinder exakte Vergleiche seit 1927 und geben darüber hinaus Einblicke in ein biologisches Entwicklungsphänomen, das mit dem Begriff der Akzeleration oder Entwicklungsbeschleunigung gekennzeichnet wird.

12-jährige sind 5 cm grösser als 1927

Wenn man von der besonderen Nachkriegssituation als einer Not-

und Katastrophenzeit absieht, wird aus der "Hamburger Tabelle" bei einer Längsschnittbetrachtung über 50 Jahre eine kontinuierliche, nur durch die Kriegereignisse vorübergehend unterbrochene Zunahme von Körperlänge und Gewicht erkennbar. Am auffälligsten sind die Werte bei zwölfjährigen Jungen, die heute durchschnittlich 5 cm größer und 4 kg schwerer sind als altersgleiche Jungen im Jahre 1927. Entsprechend der früher einsetzenden Entwicklung bei Mädchen sind diese gegenüber 1927 schon im 11. Lebensjahr durchschnittlich 5 cm größer und 3 kg schwerer als gleichaltrige Mädchen vor 40 Jahren. Diese Entwicklung ist in allen Altersgruppen schon ab dem 6. Lebensjahr nachweisbar und erreicht ihren Höhepunkt im 11. und 12. Lebensjahr, um dann mit nachlassender Wachstumsintensität wieder weniger deutlich in Erscheinung zu treten.

Bedeutungsvoll ist die Tatsache, daß die Entwicklungsbeschleunigung nach Abschluß der Wachstumsphase nicht zu einem so viel höheren Endergebnis führt, wie die Zwischenwerte vermuten lassen. So ergibt sich aus der Hamburger Tabelle, daß Jungen im 18. Lebensjahr seit 1927 nur um 3 cm größer und um 3,5 kg schwerer, 18-jährige Mädchen um 2,5 cm größer und um 1 kg schwerer geworden sind. Die Beschleunigung der Wachstums- und Entwicklungsprozesse ist also stärker als die Erhöhung der Endergebnisse.

Entwicklungsbeschleunigung nimmt weiter zu

Die Hamburger Tabelle ergibt weiterhin die überraschende Feststellung, daß im Jahre 1947 als Auswirkung der Kriegs- und Ernährungskatastrophe zwar das Körpergewicht stark zurückgeblieben ist, zunächst scheinbar auch das Wachstum, insbesondere in den Jahren intensiver Entwicklung, die Körpergröße der 18-jährigen im Jahre 1947 jedoch bei den Jungen die Werte von 1927 noch überschreitet, bei den Mädchen sogar denen von heute entspricht und bei den Jungen nur um 3 cm geringer ist als 1966.

Die Erhebungen lassen auch erkennen, daß im Vergleich der Werte von 1960 und 1966 die Entwicklungsbeschleunigung noch weiter zunimmt. Elfjährige Mädchen und zwölfjährige Jungen sind heute über 2 cm größer als 1960 mit entsprechend höherem Körpergewicht. Die Endgrößen mit Abschluß des Wachstums bei 17- bis 18-jährigen steigen aber nicht mehr. Interessant ist doch die Feststellung, daß das Körpergewicht bei Mädchen ab 16 Jahren nach den Wägungen des Jahres 1966 gegenüber früher wieder abnimmt. - Die umfangreichen Meß- und Wägeaktionen, die durch die Gesundheitsbehörden zusammen mit der Schulbehörde durchgeführt wurden, geben nicht nur für die verschiedensten praktischen Belange wertvolle Hinweise wie z.B. für die Beschaffung geeigneten Schulgestühls für die verschiedenen Jahrgänge. Sie sind darüber hinaus für Beobachtungen und vergleichende Untersuchungen des Entwicklungszustandes unserer Jugend und ihrer Wandlungen von großem Wert und stellen für wissenschaftliche Untersuchungen ein wertvolles Material dar.